

Rassismus

Neonazis

Staatliche
Politik

Eine Veranstaltung des Antifaschistischen Bündnisses Saar

Referent/innen:

Serhat Karakayali von der
Migrant/innenorganisation Kanak Attak
und Vertreter/innen der Antifa Saar

Freitag,
15.3.2002
19.00 Uhr
Vereinshaus Fraulautern
Saarbrücker Straße 5
Fraulautern – Saarlouis

Für weitere Infos:

0681 – 39 99 90

Eine Veranstaltung des
Antifaschistischen Bündnisses Saar

C/o Verein für kommunikatives
Wohnen & Leben e.V.
Postfach 10 32 07
66032 Saarbrücken

bestehend aus:

Antifa Saar
Gruppe basis
Kommando Luftschloss
Subversiv! Neunkirchen
Libertäre Gruppe St. Wendel
PDS Saar

In Zusammenarbeit mit dem
Verein Alter Feuerdrache e.V. und
Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V.



Die Veranstaltung steht im
Zusammenhang mit den regionalen
Aktivitäten zum 18. März 2002
„Bundesweiter Aktionstag gegen
staatliche Repression, Sicherheits-
gesetze und Abschiebungen! Freiheit für
alle politischen Gefangenen!“

Weitere Termine:

16. März, 12.00 Uhr

Saarbrücken

Bahnhofstraße/Ecke Sulzbachstraße
Kundgebung und Demonstration

18. März, 16.00 Uhr

Saarbrücken

Bahnhofstraße/Ecke Sulzbachstraße
Infotische, Stellwände und
Beiträge zu politischen Gefangenen

Rassismus, Neonazis und staatliche Politik

Eine Veranstaltung des Antifaschistischen Bündnisses Saar (Antifa Saar, Gruppe basis, Kommando Luftschloss, libertäre Gruppe St. Wendel, Subversiv! Neunkirchen, PDS Saar)

In Zusammenarbeit mit dem Verein Alter Feuerdrache e.V. und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V.

Referent/innen:
Serhat Karakayali von der Migrant/innenorganisation Kanak Attak und Vertreter/innen der Antifa Saar mit einem Diavortrag.

„Brandanschlag auf Flüchtlingsunterkunft in Saarlouis“, lautete die Meldung am 19.09.1991 in der Tagesschau. Was war passiert?

In der Nacht zum 19. September gab es einen rassistischen Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim in Saarlouis-Fraulautern, bei dem Samuel Yeboah, Flüchtling aus Ghana, starb und weitere Menschen schwer verletzt wurden. Dieser Übergriff stellte den Auftakt zu einer Welle von Brand- und Bombenanschlägen auf Flüchtlingsunterkünften in Deutschland dar. Samuel Yeboah war eines der ersten Todesopfer in Westdeutschland nach der Wiedervereinigung.

Dieser Mord war das Ergebnis erstarkender Neonaziaktivitäten in Deutschland, die im

Saarland mit Saarlouis ihren Schwerpunkt hatten. Diese Struktur wurde in den darauf folgenden Jahren weiter ausgebaut, und Saarlouis entwickelte sich zu einer Hochburg militanter Neonazis in Südwest-Deutschland. Nazi-Aufmärsche, zahlreiche Übergriffe und massive Präsenz von rechten Skinheads im Saarlouiser Stadtbild sorgten immer wieder für überregionale Aufmerksamkeit. Für die Entscheidungsträger der Stadt Saarlouis stellten jedoch weniger die Nazis an sich ein Problem dar, sondern viel mehr der Verlust eines Rufes als weltoffene und gastfreundliche Stadt. Somit waren ihre Anstrengungen darauf konzentriert, die Existenz organisierter Neonazis zu leugnen und Antifaschist/innen, die auf die Situation in der Stadt aufmerksam machen wollten, mundtot zu machen.

Jüngstes Beispiel dieser Politik der Verdrängung und Kriminalisierung ist der Umgang der Stadt mit der Erinnerung an Samuel Yeboah.

Am 10. Todestag des Flüchtlings wurde während einer Demonstration eine Gedenktafel, die an die Ermordung Samuel Yeboahs erinnert, am Saarlouiser Rathaus angebracht. Noch in der selben Nacht wurde diese auf Anweisung des Oberbürgermeisters Fontaine entfernt und gegen den Anmelder der Demonstration kurzerhand Anzeige wegen Sachbeschädigung erstattet. Am 18. Februar erhielt dieser einen Strafbefehl vom Amtsgericht Saarlouis über 1.200 €. Vorgeworfen wird ihm „rechtswidrig öffentliche Denkmäler beschädigt oder zerstört zu haben“.

Die Situation in Saarlouis kann nicht isoliert von den gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland betrachtet werden. So wurde 2000,

im „Sommer des Antifaschismus“, in Saarlouis das „Bündnis gegen Rechts“ eingerichtet. Mit tatkräftiger Unterstützung der Medien inszenierten damals staatliche Institutionen bundesweit eine Kampagne, um das Ansehen Deutschlands in anderen Ländern zu verbessern. Hintergrund war die Überlegung, Deutschland als Wirtschaftsstandort für ausländische Investitionen und Fachkräfte attraktiv zu machen und den durch rassistische Übergriffe erlittenen Imageschaden zu reparieren.

Doch hinter dem Make-up des „Aufstands der Anständigen“ sieht die Realität nach wie vor anders aus. Tagtägliche Übergriffe auf der Straße und staatlicher Rassismus in Form von Abschiebehaft, Abschiebungen und Sondergesetzen bestimmen wesentlich die Lebensbedingungen der hier lebenden nichtdeutschen Bevölkerung. Und wer sich dagegen selbstorganisiert zur Wehr setzt, muß unter Umständen mit staatlicher Repression rechnen.

Hinzu kommt, dass durch den 11. September und den seitdem gestarteten „Krieg gegen den Terrorismus“ reaktionäre Kräfte Auftrieb erhalten haben.

Im Zuge der „Inneren Sicherheit“ werden durch so genannte Anti-Terror-Gesetze westliche Nationen zu Überwachungsstaaten ausgebaut. Dabei werden Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten nach rassistischen Kriterien als potentielles Sicherheitsrisiko eingestuft.

Ziel der Veranstaltung ist es, diese Entwicklungen zu thematisieren und zur Diskussion zu stellen.